

Nachrichten für Naunhof

Ämtlicher Anzeiger



Sächs. Landeszeitung

3. Auflr. Sonntagsbeilage

Fernsprecher Nr. 1

für die Gemeinden Albrechtshain, Althen, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Cicha, Engelsdorf, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteenberg, Klinga, Köhna, Lindhardt, Pomßen, Seifertshain, Sommerfeld, Staudtnitz, Threna zc.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, abends 6 Uhr. Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark 50 Pfennige ausschließlich des Postbestellgeldes. Anzeigenpreis: die fünfgespaltene Korpuszeile 15 Pfg. Ämtlicher Teil sechsgepaltene Zeile 20 Pfg. Reklamazeile 30 Pfg. Beilagegebühr pro Tausend 10 Mk. Annahme der Anzeigen bis 10 Uhr vormittags.

Nr. 55.

Freitag, 11. Mai 1917.

28. Jahrgang.

Ämtliches.

Es befehlt Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß auf die Abschnitte der Brotharte, die ausschließlich über Mehl lauten, Brot, Semmel und Zwieback nicht abgegeben werden darf. Gegen zumiderhandelnde Bäcker wird eingeschritten werden.

Grimma, 4. Mai 1917.

L. 2646.

Für den Bezirksverband der Königl. Ämtshauptmannschaft: Ämtshauptmann v. Bose.

Ausgabe der Nahrungsmittelkarten.

Die Ausgabe der Brot- und Brotzusatzkarten, Fleisch- u. Fleischzusatzkarten, Fleischbezugscheine, Eierkarten und Milchkarten findet

Freitag, den 11. und Sonnabend, den 12. Mai d. J. im Rathhauseaal

für die Einwohner Naunhofs statt. Die Karten werden ausgegeben

Freitag von 8—1 Uhr

für die Einwohner der Badergasse, Bahnhofstraße, Bismarckstraße, Brandiser Straße, Breite Straße, Goethestraße, Grimmaer Straße.

Freitag von 2—5 Uhr

für die Einwohner der Großsteinberger Straße, Hainstraße, Kaiser-Wilhelm-Straße, Klingauer Straße, König-Albert-Straße, Körnerstraße, Kurze Straße.

Sonnabend von 8 durchgehend bis 2 Uhr für die Einwohner der Langen Straße, Leipziger Straße, Lutherstraße, Markt, Melanchthonstraße, Mollkestraße, Mühlgasse, Nordstraße, Oststraße, Parthenstraße, Schillerstraße, Schloßstraße, Schulstraße, Waldstraße, Wasserwerk I und II, Weststraße, Wiesenstraße, Wurgener Straße, selbständiger Gutsbezirk, Staatsforstrevier Naunhof.

Die Haushaltungsvorstände werden aufgefordert, entweder selbst oder durch zuverlässige Personen, die Auskunft über die zur Haushaltung gehörigen Personen geben können, die Karten an der genannten Stelle zu entnehmen.

Vorherige oder nachträgliche Abholung kann wegen Störung der Kartenausgabe nicht stattfinden.

Naunhof, am 9. Mai 1917.

Der Bürgermeister.

Büchlingverkauf.

Von Freitag, den 11. d. M. ab werden bei den hiesigen Kaufleuten Büchlinge das Stück für 7 Pf. verkauft. Bei der Entnahme ist die Warenbezugskarte D vorzulegen. Auf jede Karte wird ein Büchling gewährt.

Die Büchlinge können bei einem Händler der Stadt entnommen werden. Die Verbraucher sind nicht auf den auf der Warenbezugskarte bezeichneten Händler beschränkt. Der Verkäufer hat die Karte bei der Abgabe an der rechten oberen Ecke durch einen blauen Strich zu kennzeichnen.

Naunhof, am 10. Mai 1917.

Der Bürgermeister.

Sparkasse der Vereinsbank Naunhof in Naunhof.

Täglich Ein- und Rückzahlungen: Verzinsung 4 %.

Bei 1/2-jährlicher Kündigung 4 1/2 %.

Größere Einlagen bei läng. Kündigung höhere Zinssätze.

Geschäftszeit: 9—1 Uhr. Postauskonto: Leipzig Nr. 10783.

Rußlands finanzielle Knebelung.

Geld ist bei Rußland — um ein altes, ironisches Wortspiel zu zitieren — immer das Benichtigte gewesen, und auch während des Weltkrieges hat kaum einer der Entente-Staaten derartige Schwierigkeiten bei der Aufbringung der notwendigen Gelder gehabt, wie gerade Rußland. Aus dem eigenen Lande war nicht sehr viel herauszuholen, Frankreich hatte schon im Frieden so viel getan, daß ihm zu geben fast nichts mehr übrig blieb (es hat immerhin noch die Zinsen der in Frankreich befindlichen russischen Renten mit seinem eigenen Gelde bezahlt) und England — das pumpt nur gegen sehr sichere Unterlagen. Teils ließ es sich große Summen Goldes aus der russischen Staatsbank überreichen, teils entschädigte es sich durch große industrielle und Bergwerkskonzessionen. Besonders der Konzeptionsumfang hat derartigen Umfang angenommen, daß patriotische Russen bereits vor der Revolution warnend ihre Stimme erhoben und darauf hinwiesen, wie groß die Gefahr für Rußland sei. Dieses sei zum Teil deshalb in den Krieg gegangen, um sich aus der (angeblichen) deutschen industriellen und wirtschaftlichen Anrechtlichkeit zu befreien und gerade jetzt immer tiefer in die Abhängigkeit von England.

Dieser Stand der Dinge fand die russische Revolution vor, die ihren Reformeifer auch auf staatsfinanziellen Gebieten stark betonte. Mit der weiteren Vermehrung der Banknoten müsse Schluß gemacht werden, man werde eine große innere „Freiheits“-Anleihe ausgeben und die Staatseinnahmen auf eine ganz andere Basis stellen. Das letztere war vor allem deshalb notwendig, weil die Hauptlast des russischen Budgets vor dem Kriege, das Schnapsmonopol, für die Revolutionäre natürlich gar nicht in Frage kam. Aber die eigentlichen Finanzpläne der neuen Regierung war in den ersten Wochen begrifflichermaßen nicht viel zu hören, — man hatte andere Dinge zu tun. Aber die Meldungen, die in der letzten Zeit aus Rußland kommen, lassen doch recht interessante Schlüsse auf den Weg zu, den gewisse Kreise, im wesentlichen wohl die um Risjukow und Buchanan, die junge russische Republik führen möchten. Es heißt nämlich, daß man vor allem an Steuerreformen und die Einführung neuer Monopole denke, und daß unter den letzteren ein Naphtha- (Petroleum-) Monopol im Vordergrund der Erwägungen stehe, nicht nur wegen der reichen Erträge, die es bringen könne, sondern auch wegen seiner Eignung als Unterpfand für große Auslandsanleihen, besonders in Amerika.

Es ist eigentlich merkwürdig, daß russische Stimmen etwas Derartiges ohne Rücksicht auszusagen, denn im Grunde genommen wird hier von einer Maßnahme gesprochen, die den Souveränitätsrechten eines Staates zuwiderläuft und die sich auch früher politisch und finanziell schwache Staaten nur nach äußerstem Widerstreben haben aufzwingen lassen. Bewiß, Karl V. und Philipp II. von Spanien haben den Ungarn seiner Zeit für Anleihen den Ertrag der Quecksilbergruben von Almaden versprochen, aber im 19. Jahrhundert gab es wohl keinen Großstaat mehr, der seinen Gläubigern bestimmte Einnahmen versprach und sich womöglich eine Aussicht über deren Aufkommen gefallen ließ. Serbien hatte eine „Monopolverwaltung“ für Rechnung der ausländischen Staatsgläubiger, auch Portugal und ähnliche Staaten ertritten sich derartiger Einrichtungen (die übrigens in fast allen Fällen dem finanziellen Interesse des Schuldnerstaates selbst durchaus austräglich waren), aber man braucht nur an die harten Kämpfe zu denken, die in der Türkei Abdul Hamids der Einführung der Staatsschuldnerverwaltung vorangingen, um zu erkennen, was die Belastung bestimmter Staatseinnahmen mit einer Quotient zugunsten ausländischer Gläubiger für einen Staat bedeutet. Und etwas ähnliches reden jetzt John Bull und Bruder Jonathan gemeinsam der russischen Regierung auf. Die frühere Regierung hat, als sie den Boden unter ihren Füßen sättern sah, den Engländern industrielle und Bergwerkskonzessionen riesigen Umfangs an den Hals geworfen — mit dem Erfolge bekanntlich, daß England die Revolution machen half, die erst nachträglich begann, sich seiner Führung etwas zu entwinden. Sie hat ferner dem Bestreben der Amerikaner nur sehr schwachen Widerstand entgegengesetzt, deren Trübs die russischen Privatbahnen und besonders seine Bergwerks- und Eisenindustrie ihrer Gewalt dienstbar zu machen versuchten. Aber sie hat sich handhast gewiegert, das zu tun, was man jetzt ihren Nachfolgern anrät, nämlich grundlegende staatsliche Hoheitsrechte, die Bestimmung über sein Budget zu verkaufen!

Es handelt sich bei den Meldungen, von denen hier die Rede ist, ersichtlich um Wünsche, deren Wiege nicht an der Reisa, sondern am Hudson und der Themse gehanden hat. Gerade deshalb aber wird es besonders interessant sein, in der nächsten Zeit zu beobachten, ob und inwieweit es den beiden angelsächsischen Weltmächten gelingt, die Russen in finanzielle Abhängigkeit zu zwingen.

L. H.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Daß es in Deutschland keine Kriegsgelder gibt, ist nachgerade allgemein bekannt. Dessenungeachtet verbreitet das Stockholmer Telegramm-Bureau (offenbar in englischem Auftrag) einen angeblichen deutschen Tarif, nach dem Belohnungen für die Aufbringung oder Bekämpfung von feindlichen und neutralen Schiffen ähnlich den englischen Kriegsgeldern gewährt werden. In Wirklichkeit handelt es sich bei uns um die Verteilung von sogenannten „Tapferkeitsprämien“ an Mannschaften, die sich einzeln oder als Belohnungen oder als Teile von diesen ausgezeichnet haben. Die Zahlung der Prämie erfolgt auf Anregung und aus Stiftungen von Privatpersonen. Sie haben auch in dieser Hinsicht nichts gemeinsam mit den Kriegsgeldern der Engländer, die an Belohnungen ihrer Kriegsschiffe vom Kommandanten bis zum jüngsten Schiffsjungen aus Staatsgeldern gezahlt werden für die Verfertigung oder Aufbringung feindlicher Kriegsschiffe und die nach einem festen Verteilungsplan von besonderen Gerichtshöfen ausgeteilt werden müssen.

Österreich-Ungarn.

Sichtlich der Kriegs- und Friedenszielfrage besteht zwischen Deutschland und Österreich noch wie vor das vollste Einverständnis. Das wird, im Gegensatz zu gewissen Presseäußerungen feindlicher Blätter, in einem Depeschenwechsel festgestellt, der zwischen dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und dem österreichisch-ungarischen Minister des Äußeren Grafen Czernin aus Anlaß der Verteilung des Stefanorden an den letzteren stattgefunden hat. Die Wiener und Budapest Presse äußert ihre volle Bemutigung und meint, damit seien alle Befürchtungen zerstreut, sei allen Vermutungen der Boden entzogen.

Rußland.

Die Wirren in Petersburg, die ein Spiegelbild der oielgerühmten Einigkeit im freien neuen Rußland bieten, erscheinen, je mehr man darüber erfährt, in immer seltsamerem Lichte. Während der Straßenunruhen wurde der Minister des Äußeren Risjukow im Automobil unter dem Vorwande verhaftet, daß auf seinen Befehl die Waffen beschossen worden seien. Innerhalb des Arbeiterrats wurde ein energischer Vorschlag gemacht, Risjukow vor Gericht zu stellen. Auf die dringenden Vorstellungen der Regierung wurde der gefangene Minister jedoch nach zwölfstündiger Haft wieder freigelassen. Ein ähnliches Schicksal traf den Dumaabgeordneten Burichskewitsch, weil in seinem Sanitätszuge monarchistische Broschüren gefunden wurden. Durch Verwendung des Justizministers Kerenski wurde er jedoch wieder freigelassen.

Schweden.

Die Presse befaßt sich eingehend mit dem Thema Welt Hungernot und Frieden. Das Stockholmer „Allmänheten“ veröffentlicht einen längeren Artikel über die schlechte Weltgetreideernte und kommt zu dem Ergebnis, daß die Entwicklung der Verhältnisse in Rußland und die zu befürchtende Welt Hungernot die Beendigung des Krieges beschleunigen müßten. Besonders durch die letztere sei eine Lage eingetreten, die die Fortsetzung des Kampfes vollständig sinnlos mache. England strebe danach, Deutschland zu vernichten, während dieses, stark im Bewußtsein seiner erfolgreichen Verteidigung, im Interesse der Menschheit und der Zivilisation den Frieden angeboten habe, aber nun, höhnisch zurückgewiesen, sich gezwungen sehe, gegen seinen unbarmherzigen Feind dessen eigene Waffe, den Hungerkrieg zu kehren. Für die neutralen Staaten, die in hohem Grade von den Folgen des Krieges getroffen wurden, sei es nicht nur Pflicht gegen die Kultur und die Bevölkerung in den kriegführenden Ländern, sondern auch eine Tat der Selbsthaltungstriebes, den jetzt sinnlosen Kampf zu Ende zu bringen.

Italien.

Die kriegsfeindliche Bewegung, die am 1. Mai in aller Öffentlichkeit auftrat, war nicht, wie die Bierverbandspresse glauben machen will, eine vereinzelte Erscheinung. Aus italienischen Blättermeldungen geht hervor, daß die Geistlichkeit für die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung wirke, während der „Corriere della Sera“ verrät, daß die Bewegung gleichzeitig in den verschiedenen, untereinander entfernten Orten auftrat, und spricht den komischen Argwohn aus, daß vom Auslande bezahlte Hausierer die Bewegung durch Aufstachelung und Verbreitung von Alarmmeldungen hervorgerufen haben. Jedenfalls ist sicher, daß die kriegsfeindliche Stimmung im Lande immer weiter um sich greift.

Türkei.

Aber die Öffnung der Dardanellen machte der türkische Gesandte in Bern einem Berichterstatter interessante Mitteilungen. Der Gesandte erklärte u. a., daß die Türkei bereit sei, die russischen Wünsche auf Öffnung der Dardanellen zu erfüllen. Die Türkei könne das um so eher, als dieser Krieg den Beweis erbracht, daß Kon-